

Thomas Meyer

Zwischenruf: Lafontaines Rache**Der Programmwurf der Linkspartei****Thomas Meyer**

(* 1943) ist Professor (em.) für Politikwissenschaft an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*. Zuletzt im *VS Verlag* erschienen: *Was ist Demokratie?* und *Soziale Demokratie. Eine Einführung*.

thomas.meyer@fes.de



Dass Grundsatz-Programme Diener vieler Herren sind, hat sich herumgesprochen. Auch dass diese Dienste am Ende oft ohne rechten Lohn bleiben, ist bekannt, wenn die Verführungen der Macht oder die Zwänge der Wirklichkeit die Akteure der Stunde oft weit hinweg tragen von dem, was in den großen Texten beschworen wird. Sie sind deswegen keineswegs ohne Orientierungswert, aber man muss sie zu lesen wissen. Wir kennen das aus der Frühgeschichte der SPD, deren Erfurter Programm von 1891 im Grundsatzteil den Untergang des Kapitalismus bewies, um dann im Handlungsteil die Reformen aufzulisten, die die Partei zu dessen sozialer Bändigung erkämpfen wollte – und im Übrigen Zug um Zug dann ja auch wirklich erreicht hat.

Es ist auch der demokratischen Linken ein vertrautes Phänomen, dass die Fundamentalisten der überschwänglichen Hoffnung noch lange die Programme formulieren, während die Verantwortungspolitiker schon längst damit begonnen haben, die Gesellschaft tatsächlich zu verbessern, soweit das in gegebener Lage tatsächlich zu machen ist. Die britische *Labour Party* hatte in ihrem Art. 4 die Vergesellschaftung der Produktionsmittel noch 1995 in der Satzung stehen, Jahrzehnte nachdem die Partei von diesem Weg entschieden Abschied genommen hatte. Das geltende Grundsatzprogramm der CDU bietet von vornherein

zwei nahezu entgegengesetzte Lesarten an, eine wirtschaftsliberale und eine soziale, damit es beim nächst fälligen Richtungswechsel nicht erst mühsam neu gefasst werden muss. Ein Passepartout für die unterschiedlichsten Gemütslagen, ideologischen Präferenzen und Handlungsabsichten.

Wir wollen daher den Text der *Linkspartei* nicht über Gebühr auf die Goldwaage legen und auch nicht jedes aufgeplusterte Relikt aus den überwundenen Traditionen linker Buchdogmatik beim Nennwert nehmen. Erinnern wir uns doch an die nicht allzu ferne Zeit, als der bayrische Verfassungsschutz die dortigen Jusos allein schon deshalb für verfassungsfeindlich hielt, weil ihre Texte mit dem Reizwort »Vergesellschaftung« recht freigiebig garniert waren. Wir dürfen bei der Lektüre auch nicht vergessen, dass überall auf der Welt nach gemachter Erfahrung aus Kommunisten Sozialdemokraten werden konnten, und – freilich eine entscheidende Epoche früher, nämlich vor den widerlegenden Erfahrungen mit der Welt des Kommunismus – aus manchen Sozialdemokraten auch Kommunisten. Pharisäertum und die manichäische Zweiteilung der Welt sind darum auf allen Seiten fehl am Platze. Lernprozesse sind fast immer möglich, sie sollten jedem zugebilligt werden.

Gerade weil das alles so ist, wiegt der Rückfall des Programmwurfs der *Linkspartei* weit hinter den Stand der Selbstaufklärung, den die PDS zuletzt schon erreicht hatte, besonders schwer. Der politische Wille des Machttaktikers Lafontaine und das fundamentalistische Sektierertum à la Wagenknecht haben zum Leidwesen der reflektierten Ost-Programmatiker, die aus der Geschichte der DDR wirklich etwas gelernt haben, einen Text hervorgebracht, der

im allgemeinen Teil wie ein kurioser Griff in die ideologische Mottenkiste erscheint und weit hinter alle ernsthafte Reflexion über die Erfolgsbedingungen linker Politik zurück geht.

Eine bittere Ironie der Geschichte, dass nun ausgerechnet die ewig scheiternden West-Fundis den mühsam ernüchterten Reform-Ossis ein Programm aufs Auge drücken, das im Grundsatzteil mit seinem empirielosen und einlinigen Kapitalismusbegriff, nach dem Motto »bei Nacht sind alle Katzen grau« und seinen platten Vergesellschaftungssillusionen ohne den kleinsten Funken von Umsetzungsfantasie, Jahrzehnte linker Erfahrung und ihrer Aufarbeitung glatt verdrängt. Schon klar, Fundamentalisten denken und genießen das Leben in der kleinen geschlossenen Gruppe im Glanz ihrer Wahrheiten. Aber was nur hat sich der Realist Lafontaine dabei gedacht? Wir erinnern uns noch gut an sein gänzlich instrumentelles Verhältnis zur Arbeit an Grundsatzprogrammen. Auf dem Weg zum Berliner Programm der SPD war es ihm stets wichtiger, in seinen Interviews als Kommissionsvorsitzender mit dem Amt Politik zu machen, wie es ihm jeweils gut dünkte, als die Debatten in der Kommission zu beflügeln, die ihn sichtlich eher anödeten. Es war dann Hans-Jochen Vogel, der den Karren aus dem Dreck ziehen musste, in den ihn der geschäftsführende Vorsitzende hatte abgleiten lassen.

Ein solcher Retter hat diesmal gefehlt. Der Text dient kaum der Orientierung im Handeln und schon gar nicht dem Beginn eines neuen Gesprächs im Spektrum der linken Mitte. So viel Schwarz-Weiß kann nur einen Zweck haben, nämlich den, eine Partei, in der viele kluge Leute auf Mitgestaltung durch Regierungsbeteiligung drängen, auf Protestkurs zu halten, so lange es eben geht, auch wenn der Guru persönlich nicht mehr zur Stelle ist. Im ungetrübten Anti, so sein Kalkül, kann die Partei mehr Stimmen sammeln als in der Mitgestaltung, und der Übervater mehrt Glanz

und Einfluss. Diese Rechnung wird freilich kaum aufgehen. Schon im Handlungsteil listet das Programm – vermutlich wie weiland in Erfurt aus anderer Feder – eine Reihe von Reformforderungen auf, über die sich reden lässt: Gesetzlicher Mindestlohn, Verhinderung von Sozial- und Arbeitsplatzabbau, keine weiteren Privatisierungen, Kampf gegen Lohndumping und untertarifliche Bezahlung, Gemeinschaftsschulen und Bürgerversicherung im Gesundheitswesen. Die Energiewende und der ökologische Umbau sind sogar als Zentralprojekte deklariert.

Na bitte, daraus ließe sich doch etwas machen. NATO-Austritt und Ablehnung sogar von UN-mandatierten Bundeswehreinmärschen im Ausland haben Teile der *Grünen* in ihrer pazifistischen Frühphase auch gefordert, bevor sich dann ihr Regierungsflügel über Nacht eines Besseren besann, als die Tür zur Regierungsbeteiligung im Bund erst einmal aufgestoßen war.

Fazit: Vorne ist der Entwurf eine vertane Chance, kein Angebot zum Gespräch mit der Gesellschaft und möglichen politischen Partnern, kein Beitrag zum besseren Verständnis einer komplizierten Welt und ihrer Probleme, keine Sprache, die auf Verständigung zielt. Hinten nennt es dann doch diskutabile Projekte und Bedingungen für eine Gestaltungspolitik in der wirklichen Welt. Die Programmierer meinen vermutlich, dass der bunte Laden *Linkspartei* nur so zusammengehalten werden kann, und der scheidende Vorsitzende mag hoffen, ihn damit über die eigene Amtszeit hinaus an die Kette legen zu können. Diese Rechnung wird kaum aufgehen. Die Geschichte zeigt vielmehr, dass Programme beiseite gelegt werden, wenn sie dem wirklichen Bewusstsein der Mehrheit ihrer Mitglieder und den Bedingungen erfolgreichen Handelns in der Welt widersprechen. Eine Bürde bleiben sie auch dann, aber sicher keine chinesische Mauer, die den Zugehörigen die Welt auf Dauer vom Leibe hält.